

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Sanierung des Tunnels Gnalp-Steg

Regierung bewilligte Kredit von 4,8 Millionen Franken

(paf) - Die Regierung hat in der Sitzung vom 1. Juli 1986 für die Sanierung und den Ausbau des Tunnels Gnalp-Steg einen Kredit von 4800 000 Franken vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags im Rahmen des Strassenbauprogramms 1986 bewilligt.

Der in die Liechtensteiner Erholungs- und Skigebiete Steg und Malbun führende Strassentunnel mit einer Länge von 743 Metern und einer durchgehenden Fahrbahnbreite von 4,80 Metern ist wegen seines teilweise stark schadhaften und wasserführenden Betongewölbes sanierungsbedürftig. Das von der Regierung genehmigte Projekt sieht eine Reparatur dieser Betonschäden und eine vollumfängliche Abdichtung des Tunnels vor. Aufgrund des teilweise sehr schlechten Zustandes des Betons sind dabei aufwendige Spitz-, Abdichtungs- und Reprofilierungsarbeiten erforderlich. Die Ar-

beiten am Tunnel werden wegen der Aufrechterhaltung der Tunneldurchfahrt auf einer Fahrbahnhälfte zusätzlich erschwert. Mit der Fertigstellung des Gesamtprojektes wird in drei Jahren gerechnet.

Ausweichstelle schaffen

Im Zuge der Tunnelsanierung wird die Fahrbahn auf einem 150 Meter langen Teilstück um zwei Meter verbreitert.

Durch die Schaffung dieser Ausweichstelle in der Mitte des Tunnels können künftig auch breite Fahrzeuge kreuzen. Dies war bisher für Lastwagen und grosse Autobusse teilweise nicht oder nur erschwert möglich. Angesichts des hohen Verkehrsaufkommens auf der Strasse von Triesenberg nach Malbun kann mit dieser Tunnelausweitung eine spürbare Verbesserung des Verkehrsflusses erreicht werden.



Unsere Aufnahme zeigt die Delegationen bei der Vertragsunterzeichnung in Vaduz: von links der neue Geschäftsführer der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV), Anton Gerner, Verwaltungsrats-Vizepräsident der LGV, Adolf Heeb, Verwaltungsratspräsident der LGV, Hilmar Ospelt, und der Geschäftsführer der VFA, Direktor Grahornig. Den Delegationen gehörten u. a. weiters an: Dipl. Ing. Gisinger, Dr. Rümmele, Ing. Kopf und Dr. Loacker sowie Dr. Benno Beck, Dipl. Ing. Fülleemann und Günther Matt von der Liechtensteinischen Gasversorgung. (Bild: Brigitt Risch)

Basis für eine unabhängigere Energiepolitik

Unterzeichnung des Erdgas-Durchleitungsvertrages zwischen Liechtenstein/Vorarlberg in Vaduz

(hoc) - Am Mittwochabend trafen sich Delegationen aus Vorarlberg und Liechtenstein im Regierungsgebäude Vaduz zur Unterzeichnung des Erdgas-Durchleitungsvertrages durch Vorarlberg. An der Spitze der vorarlbergischen Delegation stand Dr. Rümmele, der Aufsichtsratsvorsitzende der VEF und die liechtensteinische Delegation führte der Verwaltungsratspräsident der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV), Hilmar Ospelt, an.

Hilmar Ospelt begrüßte im Regierungszimmer die Gäste aus dem Nachbarland und wies auf die guten Beziehungen hin. Er gab seiner Freude Ausdruck, dass die Unterzeichnung des Vertrages über die Durchleitung von Erdgas von der österreichisch/deutschen bis zur österreichisch/liechtensteinischen Staatsgrenze sowie die gewirtschaftliche Zusammenarbeit einen weiteren Beweis dieser engen Verbundenheit darstelle.

In Ermangelung eines entsprechenden Modells sowie in Anbetracht der Komplexität der Materie und aufgrund der darin zu regelnden technischen, juristischen und wirtschaftlichen Aspekte, haben sich die Verhandlungen denn auch

fast über zwei Jahre dahingezogen. Verwaltungsratspräsident Ospelt dankte den beiden Verhandlungsdelegationen mit den Herren Dipl. Ing. Gisinger, Ing. Kopf und Dr. Loacker von Vorarlberger Seite sowie Dr. Benno Beck und Dipl. Ing. Fülleemann von der liechtensteinischen Seite für ihre nicht leichte und oft recht mühsame Arbeit, die Durchhalten voraussetzte.

Basis für eine neue zukunftsrichtige FL-Energiepolitik

Hilmar Ospelt bezeichnete das vorliegende Ergebnis als die Basis für eine neue, zukunftsrichtige liechtensteinische Energiepolitik, eine Politik, die dem liechtensteinischen Energiekonzept im Hinblick auf vermehrte Diversifikation und Substitution, vorab des Erdöls, entspreche und damit wesentlich dazu beitrage, die liechtensteinische Energieabhängigkeit zu reduzieren und unsere bedrohliche Umweltbelastung zu verringern.

Dr. Rümmele: Vertrag von gutem Geist getragen

Der Aufsichtsratsvorsitzende der VEF, Dr. Rümmele, sprach von einem markanten Ereignis und von einer grossen Genugtuung, dass nach vielen Jahren der Bemühungen und der Vorbereitung der Erdgasanschluss Liechtensteins an das Vorarlberger Erdgas-Hochdrucksystem mit heutigem Datum vertraglich und damit in rechtlicher Hinsicht perfekt geworden sei. Dr. Rümmele zeigte in stichwortartiger und geraffter Form die Stationen

auf, die zwischen Wiederaufnahme der Gespräche 1982 und der Vertragsunterzeichnung am 9. Juli 1986 in Vaduz lagen. Die ersten Kontakte gehen bereits in das Jahr 1970 zurück.

1982 erfolgte die Wiederaufnahme der Gespräche, zunächst auf politischer Ebene, dann Mitte 1983 zwischen dem Amt für Volkswirtschaft in Liechtenstein und der VEF: Die weiteren Stationen in Kurzfassung: 25. Juli 1984: Konkretes Angebot der VEF zur Durchleitung von Erdgas an Liechtenstein, Januar 1985: Vorlage eines Vorprojektes, Juli 1985: erster Entwurf für einen Durchleitungsvertrag. Zwischen Mai 1984 und März 1986 haben zwölf Gesprächs- bzw. Verhandlungsrunden zwischen beiden Vertragspartnern stattgefunden.

Mit Schreiben vom April 1986 konnte der LGV die nun zur Unterschrift vorliegende endgültige Fassung des Vertrages übermittelt werden.

Dr. Rümmele wies in seiner Rede u. a. auch darauf hin, dass die Gespräche über einen Vertrag mit einer langfristigen Laufzeit von mehreren Jahrzehnten nicht einfach gewesen seien. Allerdings seien die Gespräche zwischen Liechtenstein und Vorarlberg, zwischen der Liechtensteinischen Gasversorgung und der VEF, von freundschaftlichem Geist und von viel Verständnis für die jeweilige Position des anderen Vertragspartners geprägt gewesen. Er dankte den liechtensteinischen und den vorarlbergischen Verhandlungspartnern für ihre vorzügliche Arbeit, die sie am Zustandekommen dieses Vertragswerkes geleistet haben.

Das politische Bonn würdigt Herbert Wehner

Bonn (AP) Mit Respekt und Ehrerbietung haben am Donnerstag führende Politiker der Bonner Regierungskoalition Herbert Wehner zum 80. Geburtstag gratuliert. Allen voran Bundespräsident Richard von Weizsäcker, in dessen Telegramm es heisst, «mehr als 60 Jahre lang» habe Wehners politisches Wirken einem Ziel gedient: dem Wohl des deutschen Volkes. Auch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauss würdigte ausdrücklich die politische Leistung des langjährigen Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion.

Weizsäcker erinnerte daran, dass das deutsche Volk in diesem Jahrhundert viel gelitten habe. Wehner habe sich diese Leiden zu eigen gemacht und sein Leben lang mitgetragen. Als Hunger, Not und Arbeitslosigkeit herrschten, habe er sich radikal für soziale Gerechtigkeit eingesetzt. In der Nazi-Zeit habe er für die Freiheit des Volkes gekämpft, nach der Teilung für seine Einheit.

Benzinpreisabschlag wegen Überangebot

Zürich (AP) Der Druck auf den Benzinpreise hält an: Nur zehn Tage nach der letzten Preisreduktion haben die Mineralölfirmlen am Donnerstag einen neuerlichen Abschlag um drei Rappen beim Super- und Bleifreibenzin bekanntgegeben. Damit gelten ab heute Freitag Referenzpreise von 1,04 Franken für Super und 99 Rappen für Bleifrei. Der Dieselpreis wird um vier Rappen zurückgenommen; hier gelten neue Referenzpreise von einem Franken bis 1,02 Franken. Als Gründe für die dritte Verbilligung innert eines Monats wurden der billige Dollar sowie die tiefen Notierungen am Rotterdamer Spotmarkt infolge eines allgemeinen Überangebotes auf dem Rohölmarkt genannt.

In den Ferienländern im Süden Europas ist allerdings nach Auskunft der Mineralölfirmlen kaum mit einem ähnlichen Preiserfall wie bei uns zu rechnen, da dort der Markt weniger flexibel reagiere.

Beteiligung an Vorsorgeuntersuchungen erfreulich hoch

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung - «Tag des Nichtrauchens» schwach befolgt

Die Beteiligung der Bevölkerung an den Vorsorgeuntersuchungen ist weiterhin erfreulich hoch. Wie aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung hervorgeht, haben sich seit Einführung der prophylaktischen Untersuchungen im Jahre 1977 insgesamt 57,5 Prozent der Eingeladenen freiwillig untersuchen lassen. Auch der Aufruf zur Schluckimpfung gegen Kinderlähmung wurde im letzten Jahr sehr gut befolgt, während der propagierte «Tag des Nichtrauchens» nur eine sehr schwache Resonanz fand.

Gemessen an den durchgeführten Untersuchungen und deren Ergebnissen hat die liechtensteinische Vorsorgemedizin ihre Bedeutung für die Erhaltung der Volksgesundheit, heisst es im Rechenschaftsbericht der Regierung, auch im vergangenen Jahr unter Beweis gestellt. Die Vorsorgeuntersuchungen erstrecken sich über verschiedene Altersphasen bei Neugeborenen und Kleinkindern sowie bei Erwachsenen - Frauen und Männer bisher unterschiedlich - zwischen 30 und 35 Jahren.

Frühzeitiges Erkennen der Krankheiten

Bei Neugeborenen und Kleinkindern (bis 4 Jahre) umfasst das Untersuchungsprogramm nicht weniger als sieben Untersuchungen, wovon fünf in die Zeit des ersten Altersjahres fallen. Seit Einführung der Vorsorgeuntersuchungen für diese Altersgruppe wurden gesamthaft 2423 Kinder untersucht, davon 1238 weibliche und 1185 männliche. Durch intensives Bemühen der Kinderärzte und der allgemein praktizierenden Ärzte wer-

den Krankheiten bei den Kleinkindern frühzeitig erkannt und behoben. So war im letzten Jahr bei 8,5 Prozent aller untersuchten Buben und Mädchen eine ärztliche Massnahme aufgrund festgestellter Befunde notwendig. Festgestellt wurden Auffälligkeiten im Entwicklungszustand, beim Skelettsystem sowie bei den Sinnesorganen, aber auch psychische Störungen.

Altersgruppe zwischen 40 und 50 Jahren

Bei den Vorsorgeuntersuchungen der Erwachsenen, die sich im Durchschnitt zu 57,5 Prozent an den freiwilligen Untersuchungen beteiligen, fällt auf, dass die Altersgruppe der 40-50jährigen am meisten Gebrauch von den Angeboten zum Untersuch machen. Bei den Frauen liegt der Anteil in der Altersgruppe zwischen 40 und 45 Jahren bei 71,3 Prozent, bei den Männern in der Altersgruppe zwischen 45 und 50 Jahren bei 65,5 Prozent. Die tiefste Beteiligung ist bei den Frauen über 70 Jahren mit 40,4 Prozent und bei den Männern über 70 Jahren mit 47,4 Prozent festzustellen. Wird die Beteiligung nach Gemeinden betrachtet, so liegt der Zuspruch bei den Frauen in Balzers mit 49,8 Prozent am tiefsten, in Ruggell mit 73,6 Prozent jedoch am höchsten. Bei den Männern ergab sich mit 52,1 Prozent die niedrigste Zuspruchsquote in Vaduz, während die Männer von Ruggell mit 66,4 Prozent die höchste Quote aufweisen.

Mehr Frauen als Männer untersucht

Im letzten Jahr wurden 779 Männer und 1003 Frauen untersucht. Gleichzeitig

nahmen noch 605 Frauen an gynäkologischen Untersuchungen teil. Bei 49,6 Prozent der Untersuchten wurde Übergewicht festgestellt, bei 11 Prozent waren es sanierungsbedürftige Zähne und bei 12,4 Prozent ergab sich eine auffällige Veränderung der Leber. 5,2 Prozent wiesen auffällig Herzgeräusche, 14,2 Prozent einen erhöhten Blutdruck auf. Sehr viele Untersuchte zeigten auch erhöhte Blutwerte: 28,7 Prozent der Untersuchten waren Cholesterin-verdächtig, 19 Prozent verfügten über einen eindeutig erhöhten Wert.

In 42,1 Prozent der Untersuchten war eine Beratung des Arztes hinsichtlich Alkohol, Drogenmissbrauch, Ernährung, Bewegungsmangel, Überforderung oder wegen Zahnschäden notwendig.

Schirmbildaufnahmen und Kinderlähmung

Die Schirmbildaufnahmen zur Tuberkulosevorsorge wurden auch im letzten Jahr fortgesetzt: 1184 Personen wurden erfasst, wobei 1109 ohne krankhaften Befund waren. Bei 53 Personen wurden belanglose Befunde festgestellt, bei 12 Personen Herzbefunde und bei 10 Personen Lungenbefunde.

Sehr hoch war die Beteiligung an der Impfung gegen Kinderlähmung. Insgesamt machten 18057 Personen mit, wovon 15857 Liechtensteiner waren, 1008 Schweizer, 1202 Österreicher und 4 Deutsche. Mit einem Anteil von 51,2 Prozent machten die Männer mehr Gebrauch als die Frauen, deren Anteil bei 48,8 Prozent lag.

Fürsorge in Liechtenstein

Auffallende Zunahme der liechtensteinischen Klienten

Für Sozialleistungen in Form von persönlicher oder wirtschaftlicher Hilfe oder durch gerichtliche Massnahmen standen insgesamt 362 Klienten mit dem Fürsorgeamt (Amtsleiter R. Biedermann) in Kontakt. Die Gesamtausgaben belaufen sich im Berichtsjahr 1985 auf rund 691 000 Franken, wobei unter Berücksichtigung von Rückerstattungen ein Ausgabenbetrag von rund 627 000 Franken verbleibt. Diese Zahlen sind dem eben veröffentlichten Rechenschaftsbericht 1985 des liechtensteinischen Fürsorgeamtes entnommen.

Zivilstandsmässig waren von den 362 Klienten 137 ledig, 96 verheiratet, 93 getrennt oder geschieden, 36 verwitwet. Verglichen mit den Vorjahren ist die Zahl der betreuten Klienten fast konstant geblieben.

Altersmässig überwiegen die 31- bis 50jährigen (150 Betreuungsfälle), über 65 Jahre 82 Fälle, bis 20 Jahre 12, 21 bis 30 Jahre 62 Fälle und von 51 bis 65 Jahren 56 Fälle. Interessant auch die Aufteilung nach Nationalität: Liechtenstein 252 Klienten, Schweiz 47, Österreich 25, Ita-

lien 12, Deutschland 9, Jugoslawien 9, Türkei 9 und andere 2.

Die starke Zunahme der liechtensteinischen Klienten ist laut Rechenschaftsbericht besonders darauf zurückzuführen, dass vermehrt von ausländischen Behörden in Not geratene liechtensteinische Bürger gemeldet werden. Bei diesen Klienten geht es fast immer um wirtschaftliche Fürsorge. Wie in den Vorjahren waren die Langzeitbetreuungen wieder vorherrschend. 68 Klienten wurden neu aufgenommen, fast bei ebensovielen wurde die Betreuung abgeschlossen, was die fast gleichbleibende Zahl der gesamthaft betreuten Klienten begründet.

Bezogen auf die Lebenssituation sind rund zwei Drittel der betreuten Klienten Einzelpersonen, zumeist Alleinstehende sowie getrennt oder geschieden Lebende.

Im Vordergrund der Ursachen der Hilfsbedürftigkeit dieser Klientengruppe stehen sehr oft gestörte zwischenmenschliche Beziehungen, des Alkohols-, Medikamenten- und Drogenmissbrauch, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, alles Ursachen, die die hohen Aufwendungen in der wirtschaftlichen Fürsorge erkennen lassen.